



Die Weltmeere als gemeinsames Erbe der Menschheit und ihre nachhaltige Nutzung

Fair Oceans

Nicht oft haben Ereignisse auf den Weltmeeren eine solche Aufmerksamkeit erfahren wie in den vergangenen Monaten: Der Untergang der »Deepwater Horizon« und die nachfolgende massive Ölverschmutzung lenkten über Monate das öffentliche Interesse hinaus auf den Golf von Mexiko.

In der Regel erfahren die Meere und die sie betreffenden politischen Entscheidungen keine dermaßen große Aufmerksamkeit. Wir leben zwar auf dem »Blauen Planeten«, aber für die meisten seiner menschlichen Bewohnerinnen und Bewohner sind die Ozeane und ihre Küsten selten mehr als ein Urlaubsziel. Auf politischer Ebene und auch in ökonomischer Hinsicht hat sich in den vergangenen Jahren an dieser Situation jedoch einiges verändert.

So hat die EU eine ganze Reihe maritimer Strategien verabschiedet, die versuchen, eine kohärente Meerespolitik für die Mitgliedsstaaten zu entwerfen. 2007 hat die EU-Kommission im so genannten »Blauen Buch« ihre entsprechenden Überlegungen festgehalten und erste politische Ziele formuliert. Dort heißt es einleitend: »Eine integrierte Meerespolitik wird Europa in die Lage versetzen, den von der Globalisierung, dem

Klimawandel, der Gefährdung der Meeresumwelt, der Problematik der Energieversorgungssicherheit und der Nachhaltigkeit sowie dem zunehmenden demografischen Druck auf Europas Küsten ausgehenden Herausforderungen besser als bisher zu begegnen.«

Wie auch eine Reihe weiterer Maßnahmen markieren diese Initiativen eine der wesentlichen Veränderungen im Feld der Meerespolitik. Während sich früher das Interesse am Meer meist auf dessen Oberfläche beschränkte, reicht es heute bis in seine größten Tiefen hinab. Ein weltweiter Wettlauf wurde gestartet, dessen Zielpunkt unter der Meeresoberfläche liegt. Der Preis des Siegers sind die Ressourcen der Meere - Fisch, Erdöl, Mangan, Gold, Methanhydrat und anderes mehr.

Im Kontext der Globalisierung, der Industrialisierung der Schwellenländer und einer sich intensivierenden Nutzung der Natur werden natürliche Ressourcen mehr und mehr zu einer Mangelware. Steigende Preise und sinkende Vorräte an Land machen die Erkundung und Förderung von Lagerstätten vor den Küsten und selbst in der Tiefsee lukrativ. Unterwasserlandschaften, deren Ökologie und deren Lebewesen kaum bekannt sind, werden nun mit zunehmender Geschwindigkeit zu Pioniergebieten neuer ökonomischer und technologischer Unternehmungen.

Obwohl die 1994 ratifizierte und inzwischen von mehr als 160 Staaten anerkannte UN-Seerechtskonvention die Nutzung der Weltmeere regelt und die Ozeane als »gemeinsames Erbe der Menschheit« definiert, spitzen sich die Konkurrenzen um die Meeresressourcen zu. So weit als möglich versuchen einzelne Staaten ihre Ansprüche auf den Weltmeeren auszudehnen und sich mögliche Fundstätten zu sichern. Die Grenzen der vereinbarten »Ausschließlichen Wirtschaftszonen«, die den jeweiligen Anrainern durch die Konvention zur wirtschaftlichen Nutzung überlassen wurden, sind in verschiedenen Regionen strittig: Japan hat Konflikte mit Südkorea und China um die Grenzziehung auf See, China daneben mit verschiedenen weiteren ostasiatischen Ländern und Russland mit den Anrainern des Arktischen Ozeans.

Der Gedanke von den Ozeanen als Gemeingut der

Menschheit, das allen zugute kommen soll und dessen Umwelt zu schützen ist, droht dabei verloren zu gehen. Staaten, die nicht über die finanziellen und technologischen Möglichkeiten verfügen, geraten bei diesem Wettlauf ins Hintertreffen und oft bleibt ihnen nur die Wahl, ihre Rechte an andere Staaten oder transnationale Konzerne zu verkaufen, die auf diese Weise Lizenzen für Fischbestände oder Erdölfelder erwerben.

Die Menschen vor Ort bleiben oftmals an den Entwicklungen vor ihren Küsten unbeteiligt. Schlimmer noch: Statt Vorteile durch diese zu genießen, sind sie von Umweltverschmutzungen betroffen oder verlieren ihre bisherigen Existenzgrundlagen. Insbesondere am Beispiel der Fischerei wurde dies in den letzten Jahren deutlich. Auch hier erhöhte sich wie bei der Förderung von Erdöl der Zugriff auf die Meere mit wachsender Geschwindigkeit. Während die Aquakultur weltweit ausgebaut wird, die Fangmethoden immer ausgefeilter werden und bis dahin unbekanntere Fischarten aus der Tiefsee in den Kühlregalen landen, sind Dreiviertel der Speisefischbestände bis an ihre Grenzen oder darüber hinaus genutzt. In dieser Situation bedrohen Trawler, schwimmende Fischfabriken und Piratenfischer die Existenzgrundlagen von Kleinfischern im Süden indem sie in ihre Fischgründe eindringen.

Um einer global ungerechten und unregulierten Verteilung der Ressourcen der Weltmeere und einer Fortschreibung umweltschädlicher Praktiken auf See zu begegnen, erscheint eine Vernetzung von umwelt- und entwicklungspolitischen NRO und die gemeinsame Erarbeitung geeigneter Kampagnen sinnvoll und notwendig. Auf der einen Seite stehen viele dieser Entwicklungen noch am Anfang und mögliche Weichenstellungen sind beeinflussbar. Auf der anderen Seite sind die Bedrohung der Fischbestände und damit der Ernährungssicherheit von 1 Mrd. Menschen sowie Ereignisse wie im Golf von Mexiko erste Anzeichen für die gravierenden Auswirkungen der aktuellen Politik. Und nicht zuletzt auch um die sozialen und politischen Dimensionen der Meerespolitik in ihrer ganzen Breite zu erfassen ist es nahe liegend, dass sich die sozialen Bewegungen mit ihren unterschiedlichen Blickwinkeln und Erfahrungen an dieser Stelle ergänzen. Ausgehend von einer solchen Basis gilt es die Idee von den Weltmeeren als Gemeingut erneut zu stärken. Hierzu beizutragen und einen Schritt in diese Richtung weg von dem »für uns« hin zu dem »für alle« zu machen ist Ziel der Kampagne »Fair Oceans«.

Armut und Hunger an Westafrikas Küsten

Francisco Mari

Bis 2013 will die Europäische Union ihre »Gemeinsame Fischereipolitik« (GFP) reformieren. Selten hat eine EU-Kommission in solcher Offenheit das eigene Scheitern ihrer Politik der vergangenen zehn Jahre so deutlich formuliert: »Die derzeitige GFP hat bei der Verhinderung dieser Probleme versagt.« Oder noch konkreter: »Die 2002 vereinbarten Ziele für nachhaltige Fischereien wurden allerdings insgesamt nicht erreicht.« Das so genannte Grünbuch der EU-Kommission (1) zur Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik stellte Anfang 2009 verschiedene Optionen zur Diskussion. Im Vordergrund steht der Anspruch, dass es nun endlich gelingen müsse, weltweit eine ökologisch nachhaltige Fischerei durchzusetzen und die Speisefischbestände auf lange Sicht zu schützen, um einen drohenden Zusammenbruch der Fischerei zu verhindern. Lang und ausführlich werden deshalb im Grünbuch die zukünftigen Maßnahmen für den Schutz der Fischbe-

Diese vierseitige Informationszeitung und die in ihr versammelten Beiträge sind sowohl eine Einladung als auch ein Plädoyer dafür, sich in der Meerespolitik zu engagieren und dabei deren entwicklungs- und umweltpolitische Dimensionen zusammenzuführen.

Weitere Informationen zum Thema sind unter anderem in der Broschüre

»Wem gehört das Meer?« (74 Seiten, 2 Euro) - die über verein.intkom@gmx.de zu bestellen ist - und auf der Webseite

www.fair-oceans.info zu finden.

Herausgeber
Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V. (IntKom)

Bernhardstraße 12
28203 Bremen
Tel: 0421 - 72034
verein.intkom@gmx.de

Rechte
V.i.S.d.P.: Kai Kaschinski
Das Copyright liegt bei den AutorInnen.

Ausgabe
Erscheinungsdatum: November 2010
Auflagenhöhe: 25.000 Exemplare
Rohstoff: Recyclingpapier

Nachbestellungen können unter der obigen Email-Adresse an den Verein gerichtet werden.

Das Projekt »Fair Oceans - Die Weltmeere als gemeinsames Erbe der Menschheit und ihre nachhaltige Nutzung« wird gefördert von InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ

inWEnt
Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH

und

gefördert durch
eed
Evangelischer Entwicklungsdienst

sowie die

LIGHTHOUSE FOUNDATION

stände in den EU Gewässern und der Erhalt der europäischen Küstenfischerei erörtert. Die Tatsache, dass inzwischen 60 Prozent des Fischkonsums aus Beständen außerhalb der EU - und davon ein Großteil aus Gewässern von Entwicklungsländern - kommen, wird jedoch nur verstoßen im Kapitel »Die externe Dimension« erörtert. Das zeigt einen für die developmentpolitische Perspektive bedenklichen Blickwinkel der EU-Kommission, denn bei dieser »externen Dimension« handelt es sich vielfach auch um die Fanggründe, von denen Millionen Kleinfischer und ihre Familien leben und die die Hauptproteinquelle für rund eine Milliarde Menschen in Entwicklungsländern darstellen. Davon ist im Grünbuch nicht die Rede, es geht darum, sich mehr oder weniger sozial in diese Fanggründe einkaufen.

Dieser Blickwinkel hat Tradition und ist für den »Evangelischen Entwicklungsdienst« (EED) wie für viele Nichtregierungsorganisationen ein wesentlicher Grund, von einer gescheiterten europäischen Fischereipolitik zu reden.

Zu diesem Urteil tragen auch die im Grünbuch thematisierten Fischereiabkommen mit den Entwicklungsländern, heute Partnerschaftsverträge genannt, bei. Selbst die EU sieht deren developmentpolitische Wirkung für Armutsbekämpfung und Reduzierung des Hungers als unwesentlich an. Viele Kleinfischer in Entwicklungsländern können bestätigen, dass die neuen Verträge die Plünderung ihrer Fischressourcen auch weiterhin nicht verhindert haben. Die Frage im Grünbuch, ob in Zukunft »EU-Fischer alle Kosten ihrer Fangtätigkeit in Drittlandgewässern selber tragen sollten oder ein Teil dieser Kosten weiterhin vom Gemeinschaftshaushalt getragen werden soll« ist developmentpolitisch eher zweitrangig. Denn die Gefahr für die Speisefischressourcen in Entwicklungsländern ist die Anwesenheit ausländischer Trawler als Ganzes. Allerdings könnten die eingesparten Gelder (2009 waren es 160 Millionen Euro), die der europäische Steuerzahler für die Fangrechte der Fischindustrie zahlt, dazu genutzt werden den langjährigen Schaden an den Meeresressourcen in Entwicklungsländern wiedergutzumachen.

Die Durchsetzung der weit verbreiteten Forderung nach einem Ende der Fischereiabkommen ist nicht gleichzusetzen mit dem Ende der Plünderung der Gewässer vor Entwicklungsländern durch die EU-Fischereiindustrie. Manchmal ist die Situation, wie im Senegal nach 2006 zu beobachten, hinterher noch problematischer. Längst gibt es eine ganze Palette anderer Möglichkeiten für »unsere« Fischindustrie, an die Fischarten in Gewässern der Entwicklungsländer zu kommen - Wege, die viel schwerer zu verfolgen sind und zugleich bessere Profite für Fischindustrie und Handel bieten.

Denn Fakt ist, dass die sechs bis neun Millionen afrikanischen Kleinfischer immer weniger Fisch fangen, bzw. immer länger und immer weiter hinausfahren müssen, was gefährlich und teuer (Treibstoff, Lohnkosten) ist. Der gefangene Fisch ist immer jünger und kleiner, und die wertvollen Arten, für die es noch gute Preise gibt, findet man kaum noch in den Netzen. Die Folgen sind eine rapide zunehmende Armut in den Fischerdörfern, das Abwandern der jungen Männer in die Slums der Großstädte, kaum existierende schulische oder medizinische Einrichtungen. Die Frauen, die den Fisch verarbeiten und vertreiben, sind die wichtigsten Geldgeberinnen für die Fischer. Ohne ihre Vorschüsse würden noch mehr Boote am Strand bleiben. Decken aber die kümmerlichen Fänge die Kosten nicht, entsteht eine Verschuldungsspirale, in die alle einbezogen sind. Die Frauen können keinen Fisch räuchern oder salzen, die Händlerinnen machen mit den wenigen, kleinen Fischen kaum noch Gewinn.

In Ghana zum Beispiel ist diese Armutsspirale weit fortgeschritten und bedroht nun auch die Versorgung der Bevölkerung mit der dort wichtigsten Proteinquelle. Ghana muss heute fast so viel Fisch importieren, wie es jährlich noch fängt, weil Ghanas Gewässer, obwohl es noch nie ein Fischereiabkommen unterzeichnet hat, der »Wilde Westen« für sämtliche Formen der Fischpiraterie geworden ist. Die durch die Weltbank erzwungene Liberalisierungspolitik hat auch die vormals stolze Hochseefischerei Ghanas mit mehr als 100 staatlich subventionierten Industriebooten vernichtet.

Die erzwungene Privatisierung führt nun dazu, dass die neuen koreanischen und chinesischen Besitzer der alten Trawler unter ghanaischer Flagge nicht nur die ghanaischen Gewässer plündern, sondern sich auch vor den Küsten der Nachbarstaaten illegal tummeln. Ihre brutalen Fangmethoden lassen ökologische Wüsten zurück. Das illegale Eindringen in die für Kleinfischer reservierten Zwölf-Meilen-Zonen gehört zur Routine dieser Fischpiraten und kann vom Strand aus

Webadressen rund um die Fischerei

Fischereipolitik in Europa

- <http://capecffa.clusterio.ovh.net/?lang=en>
- www.ocean2012.eu/OCEAN2012
- www.fair-fish.ch/home/
- www.savethehighseas.org/
- www.bmelv.de/cln_181/DE/Europa-Internationales/Fischereipolitik/fischereipolitik_node.html
- http://europa.eu/legislation_summaries/maritime_affairs_and_fisheries/

Hintergrundinformationen

- www.greenfacts.org/de/fischerei/index.htm
- www.duh.de/2667.html
- <http://gsm-ev.de/>
- www.deepwave.org/
- www.delphinschutz.org/wissen/fischerei/index.htm
- www.reefcheck.de/
- www.bund.net/bundnet/themen_und_projekte/meeresschutz/
- www.nabu.de/themen/meere/fische/12191.html
- www.fao.org/fishery/en
- www.unep.org/regionalseas/
- www.ices.dk/indexfla.asp
- www.portal-fischerei.de/
- www.vti.bund.de/de/startseite/institute/sf.html
- www.ble.de/DE/02_Kontrolle_Zulassung/04_Fischerei/Fischerei_node.html

beobachtet werden. Der Fang dieser Schiffe gelangt durch illegales Umladen auf ansonsten legal operierende europäische Schiffe in die europäische Handelskette. Und dies ist nur ein Beispiel aus einem Land, nur eine der Methoden, wie die europäische Hochseeflotte und vor allem der steigende europäische Bedarf nach Fisch oder auch Fischmehl für die Fischzucht, das Leben der Kleinfischer, der Frauen in der Verarbeitungs- und Handelskette und die Ernährungssicherheit vieler Entwicklungsländer gefährden.

Der EED hat in seiner Stellungnahme zum Grünbuch in Frage gestellt, ob die EU überhaupt das Recht auf eine »externe Dimension« hat. Nachdem die hiesigen Gewässer gnadenlos abgefischt worden sind, muss es zumindest vorläufig das erste Ziel sein, die riesigen Überkapazitäten der EU-Fangflotte abzubauen, die Subventionen für die Fischerei einzustellen und auch den VerbraucherInnen zu erklären, dass zweimal die Woche Fisch auf unserem Speiseplan zwangsläufig den Hunger und die Armut in den Entwicklungsländern vergrößern wird. Speisefisch wäre dann irgendwann so selten wie Kaviar heute.

Einige wichtige Aufgaben hätte allerdings die EU-Fischereikommission in ihrer »externen Dimension« noch. Statt für die EU-Flotte Fanggründe zu sichern, sollte sie sich international dafür einsetzen, dass auch Drittstaaten die Rechte der Entwicklungsländer auf ihre Fangzonen respektieren. Eine ebenso wichtige Aufgabe ist es den EU-Markt für jegliche Art von illegalem Fischfang zu schließen: Das würde es auch den chinesischen und anderen Piratenfischern schwerer machen, ihre illegalen Fänge abzusetzen.

EU-Fischerei- und -Entwicklungskommission müssen gleichberechtigt zusammenarbeiten und die Küstenstaaten in Entwicklungsregionen darin unterstützen, dass sie eine ökologisch und wirtschaftlich nachhaltige Kleinfischerei aufbauen können, die die Nahrungsquelle Fisch erhält und den Küstenbewohnern ein Überleben sichert. Dazu kann auch der Fang und Export von Arten gehören, die nicht zur Nahrungssicherheit beitragen - aber dann zu Exportpreisen, die den Kleinfischern einen größeren Anteil an der Wertschöpfung sichern. Denn bisher erhalten sie beispielsweise vom exportierten Tintenfisch nur einen bis zwei Euro pro Kilogramm, während er hier bis zu 30 Euro pro Kilo im Supermarkt kosten kann.

(1): Alle Zitate entstammen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften; Grünbuch - Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik; Brüssel, 22. April 2009; Dokument KOM/2009/163 endgültig.

Francisco Mari ist Fachreferent der »Arbeitsstelle Agrarhandel und Fischerei« des »Evangelischen Entwicklungsdienstes« (EED).

Jeder fünfte Fisch ist ein Piratenfisch

Christoph Spehr

Nein, die schwarze Flagge mit Totenkopf und gekreuzten Knochen ist es nicht. Die Flaggen der Piratenfischerei sind rot-blau, blau-weiß oder blau-gelb-grün - die Farben von Panama, Belize, Honduras oder St. Vincent und Grenadinen. Länder, die keinen internationalen Abkommen über Fangquoten beigetreten sind und die keine Einwände haben, wenn sich große Fangschiffe unter ihrer Flagge registrieren lassen, um Piratenfischerei zu betreiben.

Piratenfischerei bedeutet: »Illegale, unregulierte und undokumentierte Fischerei« (kurz IUU). Es handelt sich um eine milliardenschwere globale Industrie. Nach Schätzungen der UNO ist jeder fünfte Fisch weltweit illegal gefischt. In einigen Gebieten fischen die Piratenfischer bis zu einem Drittel der Fangmenge ab. Auf 4 bis 10 Milliarden Dollar Ertrag jährlich werden die illegalen Fischzüge geschätzt. Etwa 1.200 industrielle Fangschiffe sind auf den Meeren unterwegs, um illegalen Fischraub zu betreiben. Die Eigentümer sitzen meist in China, Russland, Japan oder der EU.

Auch in europäischen Tiefkühltruhen kommen die Piratenfische an. Bevorzugte Sorten sind Thunfisch aus dem Zentralpazifik, Dorsch aus der Ostsee, Seezungen und Garnelen aus Westafrika. Die Kanaren sind nicht nur ein beliebtes europäisches Urlaubsziel, sondern auch ein Hauptumschlagsplatz für illegalen Fisch. Las Palmas gehört mit Suva auf den Fidschi-Inseln und Mauritius im Indischen Ozean zu den bekanntesten Häfen, wo illegaler Fisch verladen, oft mit legalem Fisch vermischt und dann an die Handelsketten geliefert

Für eine faire Zertifizierung

Kai Kaschinski

Der Anteil von Bioprodukten an Lebensmitteln und Getränken beträgt in Deutschland etwa 3,2 Prozent und entspricht einem Umsatz von 5,8 Milliarden Euro. Dies ist das Ergebnis einer Zeit des kontinuierlichen Wachstums in diesem Bereich. Als es 2009 zum ersten Mal seit Langem zu einer Stagnation auf dem Markt für Biolebensmittel kam und sich die Einnahmen um ein Prozent verringerten, reagierten die Anbieter unter anderem mit neuen Marketingkonzepten. Nun werden neben den Biosiegeln auch Fair-Trade-Standards in der Werbung hervorgehoben. Auf der Ökomesse »Bio-Fach« im Februar dieses Jahres war »Organic + Fair« ein Schwerpunktthema und mit etwa 50 Firmen wurde eine spezielle Sonderschau organisiert.

Die Bereitschaft sich für fair gehandelte Produkte zu entscheiden hat sich in der Gesellschaft in den letzten Jahren deutlich erhöht. 2009 wurden fair zertifizierte Produkte im Wert von 267 Millionen Euro verkauft. Gegenüber 2008 ist dies ein Umsatz-Plus von 26 Prozent und eine Steigerung von 500 Prozent gegenüber 2004. Wie ein Vergleich der oben genannten Umsatzzahlen zeigt, überwiegt bisher jedoch eindeutig der Konsum von ökologischen Produkten, den von fair gehandelten. Dennoch erfahren Konsumententscheidungen aufgrund von sozialen und entwicklungspolitischen Überlegungen insgesamt eine Aufwertung. Städte und öffentliche Einrichtungen entwickeln inzwischen Konzepte für einen sozialen und fairen Einkauf und eine entsprechende Ausrichtung ihres Beschaffungswesens. Politische Initiativen wie auf regionaler Ebene das »Bremer Entwicklungspolitische Netzwerk« oder die internationale Kampagne »Fairtrade Town« unterstützen Maßnahmen in diese Richtung. Im Bereich des Fischkonsums stehen Projekte und Zertifizierungen, die Fair-Trade-Standards etablieren wollen, allerdings erst am Anfang. In der Datenbank des Vereins »TransFair« findet sich unter 573 Produkten aus dem fairen Handel keines, das Fisch oder Meeresfrüchte anbietet. Kaffee, Tee, Gewürze und vieles andere mehr sind dort in verschiedenen Rubriken zu finden. Eine Rubrik für Fischprodukte existiert nicht.

So orientieren sich trotz der weit reichenden Bedeutung der Fischerei für die Ernährungssicherheit in vielen Ländern des globalen Südens die Gütesiegel im Fischhandel in erster Linie am Umweltschutz und vernachlässigen soziale Kriterien weitgehend. Fragen der globalen Handelspolitik oder der Unterstützung von Kleinfischern werden in den Zertifizierungen kaum berücksichtigt. Dies gilt auch für das aktuell bekannteste Siegel in den Fischtheken, dem Siegel des »Marine

wird. Häufig wird auf offener See umgeladen von Fangschiffen auf Transportschiffe. Dieses so genannte Transshipment hilft, die Spuren zu verwischen. Der ehemalige EU-Fischerei-Kommissar Joe Borg glaubt, dass in der EU jährlich Fisch aus illegaler Fischerei im Wert von 1,1 Milliarden Euro verkauft wird.

Für die betroffenen Fangländer ist die Piratenfischerei eine Katastrophe. Vor allem die ärmsten Länder haben oft kaum die Möglichkeit, ihre Fangzonen zu kontrollieren. Außerhalb der 200-Meilen-Zone, der Ausschließlichen Wirtschaftszone eines Landes, ist das Fischen legal. Aber wo immer es geht, fischen die Trawler unter ihren Piratenflaggen auch in den 200-Meilen-Zonen. Einheimische Fischer kommen dann mit nur noch spärlichen Fängen heim und wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen, weil das Meer buchstäblich leergefischt ist.

Eines der besonders betroffenen Länder - neben den westafrikanischen Küstenstaaten wie Guinea und Mauretanien - ist Somalia. Seit dem Sturz der somalischen Regierung 1991 gibt es keine Überwachung der somalischen Seegewässer mehr. Daraufhin wurden die somalischen Meere praktisch von internationalen Fischflotten (u.a. aus Russland, China und der EU) übernommen und gnadenlos abgefischt. Da die internationalen Flotten die einheimischen Fischer oft mit Gewalt aus ihren Fanggebieten vertrieben, fingen die Fischer an, sich zu bewaffnen. Letztlich entwickelte sich daraus jedoch ein neuer Erwerbszweig. Somalische Banden gingen dazu über, ausländische Transportschiffe zu kapern und gegen Lösegeld wieder freizugeben. So hat die internationale Piratenfischerei den Grundstein für die Piraterie am Horn von Afrika gelegt.

Illegale industrielle Fischerei ist besonders zerstörerische Fischerei. Piratenfischer kümmern sich weder

Stewardship Council« (MSC). Das MSC-Siegel wurde 1997 von der Umweltorganisation »World Wide Fund For Nature« und dem Lebensmittelkonzern »Unilever« gegründet. Die Zertifizierung nach MSC orientiert sich an Umweltstandards bei der Beurteilung von Fischereipraktiken. Die 2008 im »Bundesverband der deutschen Fischindustrie und des Fischgroßhandels e.V.« vereinbarte Fanggebietenkennzeichnung für Fische und Meeresfrüchte konzentriert sich ebenfalls einzig auf die Problematik der Überfischung. Ein positives Beispiel für eine nachhaltige Zertifizierungspolitik seitens eines Öko-Verbandes ist das Wildfisch-Pilotprojekt »Viktoriabarsch« von »Naturland«. In diesem Projekt werden soziale, ökonomische und ökologische Aspekte der Fischereipolitik mit Unterstützung der »Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit« (GTZ), dem tansanischen Exporteur »Vicfish« und dem Seafood Importeur »Anova« zusammengeführt.

Angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung, die der Fischhandel weltweit und speziell für die Länder des Südens hat, sind die Einführung einer Zertifizierung, die internationale Sozialstandards und Fragen eines global gerechten Fischhandels berücksichtigt, sowie die Einrichtung geeigneter Vertriebswege dringend erforderlich. Der Bericht der »Welternährungsorganisation« (FAO) »The State of World Fisheries and Aquaculture 2008« zeigt auf, dass mehr als 75 Prozent der Fischereiproduktion in Ländern des globalen Südens stattfindet. Ein wesentlicher Teil dieser Produktion wird nach dem Bericht exportiert und zwar zu einem großen Teil aus Entwicklungsländern in so genannte entwickelte Länder, in denen es eine generell steigende Nachfrage nach Fisch gibt, während deren eigene Fischereiproduktion aufgrund von Überfischung oftmals stagniert. So machten die Ausfuhren aus ärmeren Ländern des Südens 2006 - bei einem Gesamtumfang von 54 Millionen Tonnen - ungefähr die Hälfte des internationalen Handels mit Fischereierzeugnissen aus. Auf den Märkten erzielten die Erzeugnisse insgesamt einen Preis von 85,9 Milliarden US \$. Durch den hohen Anteil der Länder des Südens an diesen Exporteinnahmen hat der Handel mit Fisch für diese Länder eine höhere finanzielle Bedeutung als der Handel mit Kaffee, Tee oder anderen Nahrungsmitteln. Sollten sich unter diesen Bedingungen mittelfristig sinnvolle Fair-Trade-Bio-Siegel für Fischereierzeugnisse durchsetzen lassen, muss dennoch der Ernährungssicherheit der Menschen in den Küstenregionen der Exportländer Vorrang vor eventuellen Handelsgewinnen gegeben werden und dies in den Prozessen berücksichtigt werden.

Kai Kaschinski arbeitet mit im Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V.

um Fangquoten noch um Fangzeiten, und auch nicht um Beschränkungen bei den Fangmethoden. Für den Shrimpsfang z.B. werden kleinmaschige Netze verwendet, die Unmengen an »Beifang« mitfangen - von Haien bis zu Schildkröten -, der getötet und über Bord geworfen wird. Bei Thunfischfang werden die Jungfische, die für den Erhalt der Bestände sorgen, mitgefangen und mitverarbeitet. So verstoßen die Trawler und ihre Flaggenstaaten auch auf der Hohen See gegen die Vereinbarungen des UN-Seerechtsübereinkommens zum Schutz der Fischbestände und zu einer nachhaltigen Fischerei.

Seit dem 1. Januar 2010 hat die EU ihre Gesetzgebung gegen Piratenfischerei verschärft. Die EU-Verordnung zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der IUU-Fischerei muss jedoch in den meisten EU-Ländern noch in Landesgesetze umgesetzt werden. Fischereierzeugnisse dürfen nur noch in die EU eingeführt werden, wenn sie von den Flaggen- oder Exportstaaten als legal eingestuft werden; Staaten, die illegale Fischerei dulden, werden auf einer schwarzen Liste geführt und dürfen nicht in die EU exportieren. Illegale Fischerei überall auf der Welt wird unter Strafe gestellt, wenn Akteure aus der EU daran beteiligt sind.

Greenpeace fordert darüber hinaus, das Transshipment zu verbieten und eine lückenlose Dokumentation der Fang- und Transportkette verpflichtend zu machen. Auch soll ein »Vessel Monitoring System« zum Einsatz kommen, mit dem Schiffsbewegungen weltweit verfolgt und überwacht werden können.

Letztlich gilt auch: Esst mehr regionalen Fisch. Je exotischer die Sorten und desto länger die Handelswege sind, desto schwerer lässt sich kontrollieren, ob es sich bei dem Gräten- oder Krustentier um einen Piratenfisch handelt.



Bildquelle: EED / Brot für die Welt

Webadressen rund um die Fischerei

Fisch-Ratgeber und -Siegel

- www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/
- www.wwf.de/themen/meere-kuesten/fischerei-und-fischzucht/
- www.bio-ratgeber.de/essen-trinken/fischfuehrer.php
- www.fisch-o-meter.de/
- http://fischbestaende.portal-fischerei.de/
- www.naturland.de/aquakultur.html
- www.friendofthesea.org/
- www.msc.org/de

Projekte im globalen Süden

- www.lighthouse-foundation.org/index.php?id=8
- www.gtz.de/de/praxis/3008.htm
- www.eed.de/de/de.col/de.sub.39/index.html

Interview mit dem senegalesischen Fischer Dao Gaye

Herr Gaye, sie sind seit 30 Jahren Fischer in Kayar/Senegal. Wie war ihr Leben als junger Fischer?

Vor dreißig Jahren fuhren wir mit kleineren Piroggen-seglern zum Fischen und kamen mit vollen Netzen zurück. Wir fingen viele Edelfischarten und sie waren sehr groß, z.B. Doraden bis zu 90cm groß und 15cm breit. Wir waren nicht reich, aber wir konnten unsere Familien ernähren und waren im Lande hoch angesehen. Wir versorgten Dakar mit Edelfisch und das ganze Hinterland mit getrockneten Makrelen und Heringen. Fisch war die Nahrungsgrundlage unserer Bevölkerung.

Was hat sich geändert?

Heute sind die Boote motorisiert und man kann länger und weiter hinausfahren. Aber mehr Fisch fangen wir deswegen nicht, vor allem der Edelfisch, der uns viel einbrachte, ist entweder ganz klein oder findet sich gar nicht mehr in den Netzen.

Wie kam es dazu?

Nach der Erweiterung der 200 Meilen Zone war der Senegal, da es keine eigenen industriellen Fangschiffe hatte gezwungen seine Gewässer ausländischen Flotten zu öffnen. Erst kamen die Russen, dann die Japaner

und zuletzt schloss Senegal ein Fischereiabkommen mit der EU ab. Die ausländischen Fangschiffe nahmen und nehmen mit, was sie bekommen können. Unmengen von Beifang werden tot wieder ins Meer gekippt, darunter auch tonnenweise Jungfisch und pelagische Arten, die das Herzstück unserer Ernährung bilden.

Wie überleben Sie und Ihre Kollegen?

Viele verlegen sich nun auf die für unsere Ernährung unwichtigeren Arten, die für den Export bestimmt sind, nämlich Tintenfisch und Krabben zum Beispiel. Manche versuchen mit 400m Netzen mit der industriellen Fischerei zu konkurrieren. Andere versuchen weit herausfahrend auch mit Langleinen Tunfisch auf 200-300m Tiefe zu fangen. Dadurch ist das Fischen auch viel gefährlicher geworden.

Welche Bedeutung hat die Fischerei noch in Ihrem Land?

600 - 800.000 Menschen leben direkt oder indirekt vom Fischfang. Es ist neben der Landwirtschaft der wichtigste ökonomische Sektor des Landes und einer der größten Devisenbringer.

Wie ist die Kleinfischerei im Senegal organisiert?

Das ist wohl die größte Veränderung der letzten 30 Jahre im Fischereisektor. Heute haben wir eine starke Organisation aller handwerklichen Bereiche der Kleinfischerei. Im Dachverband CONIPAS sind regionale Kleinfischerorganisationen, der Verband der fischer-

arbeitenden Frauen, die Zwischenhändler und die Händlerinnen für das Hinterland und auf den Fischmärkten organisiert. Während früher die Regierung unsere Fischgründe ohne uns zu fragen vergeben konnte werden wir heute als Gesprächspartner respektiert. Wir sitzen mit am Tisch, wenn der Senegal mit der EU oder anderen über Lizenzen oder Abkommen verhandelt. So haben wir 2006 verhindert, dass das Abkommen mit der EU verlängert wird. Nicht weil wir grundsätzlich dagegen sind, sondern weil die das Angebot der EU unzureichend und die wissenschaftliche Grundlage fragwürdig ist.

Wie sieht die Zukunft aus?

Oberstes Ziel ist es die handwerkliche Fischerei im Senegal zu erhalten. Das wird nur gelingen, wenn unsere Kinder eine Zukunft im Gewerbe sehen und nicht mit den Booten die oft tödliche Überfahrt nach Spanien riskieren. Dazu müssen wir auch bei uns Verantwortung übernehmen durch eine Registrierung der Piroggen, Schutzzonen, Fangbegrenzungen und sozialen Absicherungen, wie einer Kranken- und Rentenversicherung. Aber alles hängt davon ab, ob es uns gelingt den illegalen Fischfang, unregulierte Lizenzvergaben, und nicht nachhaltige Fangmethoden der ausländischen Trawler zu stoppen.

Don Gaye ist Fischer im senegalesischen Dorf Kayar und Vorsitzender des Verbandes für Kleinfischerei. Das Interview führte Dissa Preira, freier Journalist in Dakar, im Mai 2010.



Die Zukunft der Fischerei liegt in der Kleinfischerei

Christoph Spehr

Effizient soll es sein, da sind sich alle einig. Nur: Was heißt das eigentlich in einer Welt, in der es ökologisch jeden Tag immer enger wird?

Vor Mauretania kreuzen europäische Megatrawler. Bis zu 200 Tonnen Fisch kann ein einziger dieser Trawler pro Tag aus dem Wasser holen, mit ein paar Dutzend Mann Besatzung. Die Schleppnetze sind so groß wie Fußballfelder. Mit Sonar- und Radargeräten werden selbst kleine Fischschwärme aufgespürt und abgefischt. Jährlich 86 Mio. Euro zahlt die EU an Mauretania für die Fangrechte. Das sind etwa 15 Prozent der mauretaniaischen Staatseinnahmen. In Galera und Quingue an der Küste von Ecuador gehen einheimische Fischer mit motorisierten Fiberglasbooten auf Fischfang. Die Boote sind klein, mit drei Personen an Bord. Der Fang lässt sich in Kilogramm messen. Schnapper, Makrelen, aber auch Schwertfische werden gefangen. Wer gründlicher ist beim Abfischen und wer pro Person am schnellsten den meisten Fisch fängt, ist keine Frage. Aber wenn man das ganze Bild in den Blick nimmt, sieht es in Sachen Effizienz anders aus, als es vielleicht zunächst vermutet wird.

Die Fischer von Ecuador haben keinen Beifang. Es gibt keinen »irrtümlich« gefangenen Fisch, und wenn doch, geht er lebend und unverseht wieder über Bord. Das Verhältnis von ökologischer Entnahme und ökonomischer Nutzung ist Eins zu Eins. Da kann der Trawler nicht mithalten. Bis zu einem Drittel des Fangs wird als »unnützer« Beifang weggeworfen - schon allein deswegen, weil es sich um Arten handelt, die nicht gefangen werden dürfen. Tot ist der Beifang dann trotzdem.

Auch vom eigentlichen Fang wird einiges weggeworfen oder verdirbt im Zuge der industriellen Verarbeitung an Bord.

Wo die Fischer aus Ecuador fischen, ist der Eingriff in die Umwelt gering. Wo der Trawler durchgegangen ist, ist der Meeresboden leer und aufgewühlt. Für den Weg des Einkommens vom Fang zum Fischer und seiner Familie gilt dasselbe wie für den Beifang: Das Einkommen kommt an. Wie effizient dagegen die 86 Mio. Euro, die von der EU an den mauretaniaischen Staat gezahlt werden, bei der Bevölkerung ankommen - daran lässt sich zweifeln.

Verdient wird an Bord des Trawlers auch nicht gut. Als erster vollständig globalisierter Arbeitsmarkt hat die internationale Seefahrt die Löhne für die Besatzungen in den Keller gedrückt. Und schließlich stellt sich die Frage: Wenn in den Ländern, in denen die Eigentümer der Flotte sitzen, Millionen von Menschen arbeitslos sind - wo ist dann der Sinn der extremen Rationalisierung, die es Menschen ermöglicht, Tausende Kilo Fisch pro Tag zu fangen?

Wenn Effizienz durch den Markt definiert wird, wo sie sich schließlich im Preis der Ware niederschlägt, ist der Trawler unschlagbar. Ökologische Kosten ebenso wie die sozialen Kosten der Rationalisierung sind aus dem Preis herausgedrückt, sie finden außerhalb statt, sind »externalisiert«, wie Ökonomen sagen. Wenn Effizienz aber so verstanden wird, dass die weltweite Ressource Fisch in einer Weise genutzt wird, dass sie langfristig erhalten wird, wenig sonstige Schäden entstehen, und ein möglichst großer Teil der entnommenen Ressourcen auch wirklich vom Menschen genutzt wird, dann liegen die Fischer in ihren Glasfaser-Motorbooten vorn.

»Artisanale Fischerei« heißt die Fischerei, die als Handwerk betrieben wird und nicht als Industrie. Die FAO,

die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, beziffert den Anteil dieser Kleinfischerei am weltweiten Fangaufkommen auf 45 Prozent. Es handelt sich also um keine Nischenwirtschaft. Aber sie ist unter Druck. Zum einen fangen die industriellen Fangflotten und nicht zuletzt die illegalen »Piratenfischer« gerade in den ärmeren Ländern die Meere leer. Zum anderen erzeugen die Megatrawler mit ihrer Tonnen-Effizienz und ihren externalisierten Kosten einen Preisdruck, dem die einheimischen Kleinfischer kaum standhalten können. Und zum dritten vermarkten die internationalen Handelsketten lieber große Mengen, die von einem Lieferanten zuverlässig kommen, als viele Kleinlieferungen, die komplizierter zu managen sind und häufig schwanken.

Damit das, was ökologisch und developmentalpolitisch effizienter ist, sich auch durchsetzt, versuchen verschiedene Projekte die Vermarktung der Kleinfischerei zu unterstützen. Ein Beispiel ist das Projekt »Optimierung artisanaler Fischereimethoden und Aufbau eines fairen Handelssystems« der Lighthouse Foundation. In Kooperation mit Kleinfischern in Ecuador soll ein Zertifizierungssystem entwickelt werden, das eine gezielte Vermarktung ökologisch nachhaltiger Fischprodukte erlaubt. Gleichzeitig werden technische Verbesserungen der handwerklichen Fischerei unterstützt und die soziale und technische Infrastruktur der Dörfer verbessert. Für die Kommunikation mit den Fischern hat man Öffentlichkeitsmaterialien aufgebaut, die sich um die Comic-Figur »Veinticinco«, einen Fischer, ranken. Zu Versammlungen kam nämlich niemand, wie sich schnell herausstellte: Fürs Herumsitzen an Land haben die Kleinfischer einfach zu wenig Zeit.

Christoph Spehr arbeitet mit im Verein für Internationalismus und Kommunikation e.V.